



Wahlhilfebroschüre und Neues auf SoVD-TV

SoVD informiert zur Wahl

Wie schon zu anderen Wahlen, so bietet der SoVD auch zur Bundestagswahl 2017 wieder viele Informationsmaterialien zur Vorbereitung an. Neben den Wahlprüfsteinen gehören dazu auch Broschüren und anschauliche Videos.

„SoVD-TV“ ergänzt den Informations-Service des SoVD rund um das Thema Wahlen auf filmische Weise. Im Internet sind zwei neue Kurzfilme zu dem Thema eingestellt. Einer davon erklärt, wie Wahlen überhaupt geht. In einem weiteren werden Auszüge aus den auf diesen Seiten vorgestellten SoVD-Wahlprüfsteinen und aus den Antworten der Parteien darauf präsentiert. Beide finden sich online auf: www.sovd-tv.de.

Schnell vergriffen war eine andere Wahlhilfe, an der der SoVD beteiligt ist: die in der letzten Verbandszeitung (Ausgabe 7+8/2017, Seite 5) vorgestellte Broschüre „einfach Politik: Bundestagswahl 2017“ – jedenfalls in gedruckter Form. Das kostenlose Heft wird derzeit selbstverständlich nachgedruckt. Aber in digitaler Form kann man es jederzeit im Internet herunterladen: am besten im Themenportal des SoVD zur Bundestagswahl. Einfach www.sovd.de aufrufen und dort die Untermenüs „Informieren“ – „Themen“ – „Bundestagswahl“ anwählen. Dort steht die Broschüre als barrierefreies PDF zum Download bereit. Auch gibt es sie bei der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de).

Die Broschüre ist in einfacher Sprache verfasst. Kurze Texte und erläuternde Bilder stellen den ganzen Wahlvorgang und alle Fragen rund ums Wählen vor. Herausgeber ist die Bundeszentrale für politische Bildung, die SoVD-Jugend ist Vertriebspartnerin.



Grafik: bpb

Digital verfügbar: die Broschüre „einfach Politik“.

Antworten werden im Internet nachgereicht

Nachtrag zur AfD

Dass die „Alternative für Deutschland“ (AfD) hier in der Zusammenfassung der Parteienantworten nicht vorkommt, liegt daran, dass sie nicht fristgerecht bis Redaktionsschluss geantwortet hatte.

Verspätet nachgereichte Antworten dieser Partei konnten daher aus technischen Gründen nicht mehr in der Zeitung bearbeitet und abgedruckt werden. Sie werden aber in den digitalen Medien veröffentlicht: Interessierte können sich über die AfD-Aussagen im SoVD-Wahlportal informieren. Auf <https://sovde.de/index.php?id=2837> sind sie gemeinsam mit den ausführlichen Antworten der anderen Parteien auf alle Fragen zu lesen.



Das Logo der AfD.

Bundestagswahl am 24. September 2017 – SoVD schickte seine Die Antworten der Parteien

Es ist so weit: Am 24. September 2017 werden die Abgeordneten des 19. Deutschen Bundestages gewählt. Jede Stimme nimmt darauf Einfluss. Zur Vorbereitung entwickelte der Sozialverband Deutschland seine Wahlprüfsteine: Fragen zu den aus Verbandssicht wichtigsten sozialpolitischen Themen.

Fast alle der angeschriebenen Parteien beteiligten sich fristgerecht an der Befragung des SoVD und reichten ihre Stellungnahmen zu den sozialpolitischen Themen ein.

Auf diesen vier Seiten zur Bundestagswahl sind in den Kästen die Antworten der Parteien auf sieben besonders wichtige Fragen des SoVD zu lesen. Aus Platzgründen kann

der SoVD nicht alle der insgesamt 16 Wahlprüfsteine in der Zeitung veröffentlichen. Aus demselben Grund sind die abgedruckten Antworten außerdem teils gekürzt. Alle Fragen und die ungekürzten Antworten aller Parteien werden im Internet veröffentlicht. Denn zur Bundestagswahl hat der SoVD eigens ein Themenportal eingerichtet (siehe „Info“ rechts).



Am 24. September wählt Deutschland

Steuerpolitik gegen Ungleichheit

Der SoVD fordert, Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen herzustellen. Er fragt: „Befürworten Sie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Anhebung der Spitzensteuersätze und die Abschaffung des Steuerprivilegs für Kapitalerträge, um privaten Reichtum in Deutschland stärker zur Überwindung von Ungleichheit und Armut heranzuziehen?“

CDU CSU CDU und CSU wollen keine Steuererhöhungen. Sie würden Facharbeiter und Mittelstand treffen, Investitionen in unsere Zukunft bremsen und [...] mehr Schaden als Nutzen stiften. [...] Die Wiedereinführung der Vermögensteuer schließen wir aus. [Sie] würde sowohl Hauseigentümer als auch Mieter belasten und somit das Wohnen für alle verteuern [...] Betriebsvermögen belasten und Arbeitsplätze für alle gefährden. [...] Wenn international ein funktionierender Informationsaustausch der Finanzbehörden besteht, soll die pauschale Abgeltungssteuer durch die individuelle Besteuerung ersetzt werden. Soweit Kapitalerträge schon steuerlich vorbelastet sind, soll dies beim Anleger nicht zu Nachteilen führen.

SPD Besonders hochvermögende Bürgerinnen und Bürger tragen Verantwortung und sollen und können einen größeren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Investitionen und zur Entlastung von unteren und mittleren Einkommen leisten. Daher möchten wir die sogenannte Reichensteuer in Höhe von drei Prozent auf den Spitzensteuersatz zukünftig ab einem zu versteuernden Einkommen für Ledige von 250 000 Euro fix erheben. Wir werden sehr große Erbschaften höher besteuern. Mit einer umfassenderen Erbschaftsteuerreform mit

weniger Ausnahmen stellen wir sicher, dass endlich mehr Gerechtigkeit [...] realisiert wird.



Ja. Wir entlasten gezielt Familien und Menschen mit geringen Einkommen. Wir heben den Spitzensteuersatz für Single-Einkommen ab 100 000 Euro an. Von den Superreichen erwarten wir, dass sie über eine Vermögensteuer mehr als bisher zum Erhalt unserer Infrastruktur beitragen. Kapitaleinkommen wie Arbeit zu besteuern ist eine Frage der Gerechtigkeit.

DIE LINKE. [...] Wir wollen, dass Vermögen ab einer Million Euro mit fünf Prozent besteuert werden. [...] Auch in der Einkommensteuer wollen wir die unteren und mittleren Einkommen entlasten, die oberen stärker belasten: Wir erhöhen den monatlichen Grundfreibetrag auf 1050 Euro [...]. Mit unserem Steuerkonzept werden alle entlastet, die weniger als 7100 Euro brutto im Monat (Steuerklasse I) verdienen. Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor [...]. Einkommen aus Kapitalerträgen sollen nicht weiter bevorzugt werden [...].



Wir Freien Demokraten wollen, dass sich Sparen und Vermögensaufbau lohnen. Ein nachhaltiger Umgang mit Vermögen ist gut: für jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin, ihre Familien und die Gesellschaft. Die Weitergabe von erarbeitetem Eigentum und Vermögen und die Fortführung von Familienunternehmen darf durch steuerliche Regelungen nicht behindert werden. [...] Für Unternehmen ist eine Besteuerung der Unternehmenssubstanz schädlich. Deshalb lehnen wir eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ab. [...]

Foto: Kay Nietfeld/dpa

